

## **KATHOLISCHE KIRCHE IN DER DDR. KIRCHE FÜR DIE GESELLSCHAFT?**

Als Vortragsreisender in Sachen Kirchengeschichte der DDR habe ich seit 10 Jahren vor unterschiedlichsten Hörerkreisen gesprochen. Die Erwartungshaltung der Hörer an den Vortragenden entsprach, vor allem in den ersten Jahren nach der „Wende“ und vor allem bei DDR-Bürgern, selten dem, was ein Historiker leisten kann. Ich wurde gefragt, wie denn die Kirche ihre spezifische DDR-Identität in der neuen Gesellschaft bewahren und das Erhaltenswerte „hinüberretten“ kann. Andere Fragen betrafen die Gründe für den Sieg der „friedlichen Revolution“, die Stellung der Katholiken bei der „Wende“ und immer wieder auch, ob die Kirche nicht versagt habe. Auf alle diese Fragen konnte und wollte ich nur als Historiker antworten; so waren die Antworten zugegebenermaßen für die Fragenden unbefriedigend. Ich werde mich weiterhin und auch heute um eine historische Darstellung des Themas mühen.

An ein weiteres Phänomen erinnere ich mich. Waren unter den Zuhörern Personen, die in der DDR zu den „kirchlichen Repräsentanten“ zählten, galt es auf die Wahl einer Präposition zu achten. Nach einem Vortrag wurde ich heftigst attackiert. Ein Prälat unterstellte mir, ich hätte die katholische Kirche in meiner Darstellung mit der DDR-Gesellschaft identifiziert, zu der man aber immer auf Distanz gegangen sei. Es habe nie eine katholische Kirche der DDR gegeben, sondern man habe bewusst immer von der katholischen Kirche in der DDR gesprochen, um deutlich zu machen, dass sich die Kirche nicht vereinnahmen ließ. Ich hatte, ganz sicher ohne Absicht, die Präposition vergessen. Da es nur eine katholische Kirche in der DDR gab und diese sich, vor allem in den letzten Jahren der DDR zwar als ein kleiner, aber zunehmend auch

kirchenpolitisch brisanter Faktor profilierte, glaubte ich die diesen Fall nach sich ziehende Präposition unterschlagen zu können.

Natürlich bezeichnete sich die DDR als eine sozialistische Gesellschaft, die sich im Übergang zum Kommunismus befand. Auch wenn zu Beginn der 80er Jahre betont wurde, dass es „in der jetzigen Periode unmöglich sei, sofort mit dem allmählichen Übergang zum Kommunismus zu beginnen, man sich in der Phase des entwickelten Sozialismus befände, wurde Religion nach wie vor als konservativste, mit dem gesellschaftlichen Fortschritt unvereinbare ideologische Form, als verkehrtes Bewußtsein definiert, die gänzlich absterben würde.“<sup>1</sup> Diese offizielle Lehre sollte sich bis zum Ende der DDR, trotz Dialogversuchen, nicht ändern. Wie aber sollte sich die Kirche mit ihrem Sendungsauftrag in der Gesellschaft verhalten, wie ihren missionarischen Auftrag erfüllen? Wollte sie ihrem vor allem seit dem II. Vatikanischen Konzil formulierten Weltauftrag gerecht werden, musste sie, ohne aber dabei ihre Identität preiszugeben, Formen eines Weltdienstes finden, der eine umfassende Integration in das System des real existierenden Sozialismus ausschloss.

Gesellschaft wurde von kirchlicher Seite als atheistische, materialistische, sozialistische und kommunistische verstanden. Als solche war sie sowohl nach der Definition des Marxismus-Leninismus als auch durch die Erfahrung der Praxis antikirchlich. Konnte und durfte man für diese Gesellschaft als Christ und Kirche wirken? Konnte man für diese Gesellschaft Kirche sein?

Im Folgenden möchte ich zunächst in zwei Abschnitten die historischen Meilensteine der Suche nach einer Standortbestimmung der katholischen Kirche in der DDR darlegen, um gleichsam in einem dritten Punkt als Zusammenfassung systematisierende Überlegungen anzustellen.

---

<sup>1</sup> Vgl. K. Feiereis, Wahrheit-Wissenschaft-Fortschritt. Philosophie in der DDR, betrachtet aus christlicher Sicht, in: Theologisches Jahrbuch 1991, Leipzig 1992, 220 - 244.

1. Die Suche nach der Funktion des Christen: „Von der Gärtnerei im Norden“ über das „Fremde Haus“ zur „Löwengrube“.

Die katholische Kirche in der SBZ/DDR war durch die Fluchtbewegungen am Ende des Krieges bis zum Jahre 1949 von rund 1 Million auf 2,7 Millionen angewachsen.<sup>2</sup> Die Aufnahme der katholischen Flüchtlinge in den ihnen anfangs zugewiesenen Gebieten vollzog sich in unterschiedlicher Weise und oft unter großen Schwierigkeiten.

Dass sich in den ersten Jahren der SBZ kirchliche Flüchtlingshilfe nicht auf die Integration der Flüchtlinge richtete, sondern auf eine zeitlich begrenzte Aufnahme sowie „leibliche und seelsorgliche“ Betreuung, ergab sich aus der weiter bestehenden Hoffnung, die Flüchtlinge könnten in ihre Heimat zurückkehren. Die einzige integrationsvorbereitende Maßnahme, die kirchlicherseits getroffen wurde, war, die Einheimischen zu bitten, Verständnis für die schwierige Situation der Flüchtlinge aufzubringen. Zum Teil schon während des Krieges und kurz danach war eine Fülle kirchlicher Hilfsorganisationen ins Leben gerufen worden, die zumeist ausschließlich die soziale Betreuung von Flüchtlingen jeder Art zum Ziel hatten. Vor allem die Caritas tat sich bei der Flüchtlingshilfe hervor. Bei aller materiellen und sozialen Hilfe sah die „Caritas-Flüchtlingshilfe“ ihre Aufgabe aber auch darin, eine „psychologische Vorbereitung der Gläubigen auf eine echt christliche Aufnahme und Behandlung der Ostvertriebenen einschließlich Evakuierten und Ausgebombten“ zu leisten.<sup>3</sup> Eines der für diese Jahre übergroßen Probleme war der Priestermangel. Die Priester aus den deutschen Ostgebieten waren nur zu einem geringen Teil mit ihren Gemeinden umgesiedelt worden und hielten sich oft isoliert in Pfarreien auf, ohne von einer Diözese angestellt worden zu sein bzw. ohne

---

<sup>2</sup> Vgl. J. Pilvousek, Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands, in: Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit (=EThSt 65), Leipzig 1993, 9 - 23.

<sup>3</sup> Historisches Archiv des Erzbistums Köln (= HAEK), CR 25.20b, Brief Golombek an Frings, 23. 12. 1946.

Informationen über den für sie zuständigen Ordinarius loci. So wurden 1947 die „Rechte der Oberhirten über die aus Ostdeutschland vertriebenen Priester“ formuliert.<sup>4</sup> Demnach wurde bestimmt, ob die Ordinarien des Erzbistums Breslau, des Bistums Ermland und der Freien Prälatur Schneidemühl berechtigt seien, die ihren Diözesen inkardinierten Priester, die infolge der Zeitverhältnisse innerhalb dieser Diözesen ein geistliches Amt nicht wahrnehmen konnten oder nicht wahrnahmen, zu verpflichten, in einer anderen Diözese Deutschlands ein geistliches Amt gemäß ihrer Weisung zu übernehmen. Erwachsen war diese Bestimmung vor allem aus der Notwendigkeit, in den Diasporagebieten und Gebieten mit hoher Flüchtlingszahl die Seelsorge zu gewährleisten. Offensichtlich war zumindest bis zum Jahr 1953 eine Integration der Flüchtlinge in der SBZ/DDR nicht gelungen, was die große Fluchtbewegung zu belegen scheint. Für die ohnehin mittellosen, heimatlosen und z. T. besitzlosen Flüchtlinge dürfte es, zusätzlich bedingt durch die immer stärker werdenden staatlichen Pressionen, keiner großen Entscheidung bedurft haben, in die Bundesrepublik zu gehen. Auffallend ist, dass es von kirchenamtlicher Seite zur Fluchtbewegung bis 1953 keine Verlautbarungen gegeben hat. Das könnte darin begründet sein, dass die Kirche den politischen Motiven einer Flucht stillschweigend zustimmte. Scheinbar war die Integration der Flüchtlinge in die Gemeinden so gering, dass eine Forderung nach Bleiben keine Resonanz gefunden hätte und ohnehin wegen der Konzeption des „seelsorglichen und leiblichen“ Versorgens der Flüchtlinge nicht wesentlich in den Blick kam.

Erst mit der Amtsübernahme des früheren Magdeburger Weihbischofs Wilhelm Weskamm als Bischof von Berlin 1951 sollte sich dies ändern.<sup>5</sup> Weskamm leitete eine Veränderung im Verständnis von Kirche in der DDR ein. Sein Vorgänger Kardinal Preysing, westlich eingestellt und von der Vorstellung getragen,

---

<sup>4</sup> HAEK, Gen 23.23a, 8.

<sup>5</sup> Vgl. J. Pilvousek, „Eine Gärtnerei im Norden“. Wilhelm Weskamm und die „mitteldeutsche“ Diaspora, in: G. Riße/C. A. Kathke (Hg.), Diaspora: Zeugnis von Christen für Christen. 150 Jahre Bonifatiuswerke der deutschen Katholiken, Paderborn 1999, 275 - 286.

in einem kommunistischen System sei Kirche auf Dauer nicht denkbar, und so vor allem an der Beseitigung des Systems interessiert und dessen Diskreditierung betreibend, hatte - wohl nach seinem Verständnis - keine Wege beschreiten können, die zu einer kirchlichen Stabilisierung hätten beitragen können. Bischof Weskamm dagegen verglich die kirchliche Situation in der DDR mit einer Gärtnerei: „Es ist so, wie wenn man eine Gärtnerei im Norden betreiben würde. Die ganze Atmosphäre ist areligiös und antireligiös.“

Trotz der Schwierigkeiten sah er aber einen Sinn in dieser „Gärtnerei“. Mit Weskamm begann die katholische Kirche in der DDR die vorgegebene politische und gesellschaftliche Situation realistischer zu sehen und anfanghaft darauf zu reagieren. Die Führungsrolle Weskamms und seine realistische Sicht der kirchlichen Verhältnisse im Raum der DDR führten aber noch nicht zu einer Zentralisierung kirchlicher Verantwortlichkeit in Berlin. Indem er aber die Situation der Kirche in der gesamten DDR als Diaspora begriff und Diaspora als Existenzweise der Kirche theologisch bejahte, in ihr sogar die Chance für ein „mündigeres“ Christentum sah, nahm er eine Weichenstellung für eine Entwicklung der Kirche vor, die schließlich zur „Kirche in der DDR“ werden konnte.

Die Bewertung der Abwanderung nach dem Westen änderte sich in der katholischen Kirche der DDR Mitte der 50er Jahre. Innerhalb der katholischen Kirche der DDR hatte sich eine Mentalität entwickelt, die Bischof Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag 1956 mit dem Bild des Hauses umschreiben konnte, in dem man wohne, dessen Grundfesten man aber nicht gebaut habe.

„Aber wir leben in einem Haus, dessen Grundfesten wir nicht gebaut haben, dessen tragende Fundamente wir sogar für falsch halten. Und wenn wir jetzt in diesem Haus miteinander leben, so kann unser Gespräch nur bedeuten - verzeihen Sie mir die Banalität, aber ich habe es so gesagt - wer macht in diesem Haus die Treppe sauber? Damit soll keine Abwertung des ernstesten Gespräches zwischen Staat und Kirche gemeint sein, sondern es soll nur handgreiflich ausgedrückt werden,

daß grundsätzliche Gespräche zwischen den beiden Partnern nicht möglich sind. Wir tragen gerne dazu bei, daß wir selbst in diesem Haus noch menschenwürdig und als Christen leben können, aber wir können kein neues Stockwerk draufsetzen, da wir das Fundament für fehlerhaft halten. Das Menschenbild des Marxismus und seine Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung stimmt mit dem Bild, das wir haben, nicht überein. Dieses Haus bleibt uns ein fremdes Haus. Wir leben nicht nur kirchlich in der Diaspora, sondern auch staatlich."<sup>6</sup>

Das ist der vollständige Wortlaut der Passage der „Spülbeck-Predigt“ vom „Fremden Haus“, die er auf dem Kölner Katholikentag am 1. September 1956 hielt.<sup>7</sup> Bis heute dürfte kaum eine andere Predigt eines DDR-Bischofs einen solchen Bekanntheitsgrad erreicht haben. Das Diktum vom „Fremden Haus“ wurde zum historisch fassbaren Meilenstein kirchlicher Abgrenzung gegenüber dem SED-Regime gemacht. Die Öffentlichkeit eines Katholikentages ließ die Predigt zur „ersten öffentlichen Stellungnahme“ eines DDR-Bischofs zum Verhältnis Staat und Kirche werden. Dass kurzzeitig in der DDR-Presse scharfe Kritik an den Äußerungen Spülbecks geübt wurde, schien die gängige Kommentierung zu bestätigen.

Der Versuch einer objektiven Interpretation dieser Aussage kann bereits anfanghaft aufzeigen, wie sich Otto Spülbeck, Bischof von Meißen, einem exemten Diasporabistum in der DDR, verstand. Spülbeck hatte bereits am 5. September in seiner Heimatpfarre St. Josef in Aachen die Predigt differenzierend erläutert; nach wenigen Tagen fand die DDR-Regierung eine positivere Einschätzung und stellte Spülbeck anstandslos Reisedokumente in den „Westen“ aus, und ein Interview im „Neues Deutschland“ brachte weitere „positive“ Klärung, so dass eigentlich Fehlinterpretationen ausgeschlossen waren.

---

<sup>6</sup> Vgl. Katholische Kirche - Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945 - 1990, hg. v. G. Lange, U. Pruß, F. Schrader, S. Seifert, Leipzig <sup>2</sup>1993, 101 - 103.

<sup>7</sup> Vgl. J. Pilvousek, Bischof Otto Spülbeck, in: J. Aretz/R. Morsey/A. Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 9, Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Münster 1999, 151 - 167.

Ordnet man die von ihm vorgetragenen, jedoch vermutlich nicht im Alleingang formulierten Grundsätze für die Möglichkeiten und Grenzen des Engagements der Katholiken im Gemeinwesen in den Kontext damaliger kirchlicher Situation ein, so wird deutlich, dass Spülbeck, der sich bewusst für einen Dienst in der mitteldeutschen Diaspora entschieden hatte, eine Weichenstellung vornehmen wollte. Diese Predigt setzt eine neue Mentalität innerhalb der katholischen Kirche in der DDR voraus, wie sie auch Bischof Wilhelm Weskamm mit seinem Bild von der „Gärtnerei im Norden“ anfanghaft beschrieb. Anders als noch Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre, als man von Seiten des Episkopates eher konstatierend und verständnisvoll mit „der Abwanderung von 300 000 Katholiken nach dem Westen“ rechnete, weil man sich Kirche kaum oder gar nicht „unter dem Kommunismus“ vorstellen konnte, wurde nun der „Weggang“ als Verlust empfunden. Mitte der 50er Jahre ging man von der Tatsache einer katholischen Kirche in einem totalitären Staat aus, hielt die Existenz von Kirche „hier“ für nötig und möglich. So sind die Aussagen Spülbecks auch nicht einseitig als Abgrenzung zu verstehen, sondern als Möglichkeit des „Überlebens“ und der Notwendigkeit von Kirche in der DDR, trotz falscher Fundamente. Und obschon man die tragenden Fundamente dieses Hauses für falsch hält, lebt man doch gemeinsam in ihm und will dazu beitragen, dass es menschenwürdig zugeht und man hier als Christ leben kann, und so ist ein Miteinander möglich.

Nachdem die Flüchtlingszahlen 1960 dramatisch stiegen und auch viele Katholiken das Land verließen, betonte Spülbeck in einer Ansprache zur Jahresschlussandacht 1960 im Dom in Bautzen, dass Gott Kirche in der DDR gewollt habe und die Diasporasituation schon in der Hl. Schrift vorhergesagt sei. Wer fliehen wolle, solle sich fragen, wer nun den Schwankenden Halt gebe. Viele würden mutlos werden, und in die entstandene Lücke in der Arbeitswelt würde nun ein Atheist treten. Nicht zuletzt würde das gute Beispiel fehlen.

Bischof Spülbeck gehörte zu jenen Kirchenmännern der DDR, die stets ein konstruktives „Engagement“ der Gläubigen in der sozialistisch-atheistischen Gesellschaft forderten. Als sich 1969/70 bei der Diözesansynode eine Neubestimmung des katholischen Selbstverständnisses als praktisches „Engagement“ des Laien in Kirche und sozialistisch-atheistischer Gesellschaft entwickelte, war dies Ausdruck einer Grundüberzeugung Spülbecks.

Spülbeck war kein „Kirchenpolitiker“; manche seiner Predigten wären dann wohl diplomatischer ausgefallen. Staatsvertreter erkannten sehr bald, dass sich sein Beitrag zum besseren Einvernehmen zwischen Staat und Kirche nur auf die Beachtung der Gesetze des Staates, nicht jedoch auf die Vertretung seiner Interessen erstreckte.

Die Frage des Bleibens sollte bis zum Jahre 1961 eine entscheidende sein. Und sie war auch eine politische Frage. Denn wäre diese Frage durch die Bischöfe in der Öffentlichkeit angesprochen worden, dann hätte man entweder die staatliche Propaganda in ihrer Beurteilung der „Republikflucht“ unterstützt oder aber sich den Vorwurf der Staatsfeindschaft gefallen lassen müssen, der in seiner Auswirkung vor allem die Gläubigen getroffen hätte. Auf jeden Fall aber war der Mauerbau nicht nur eine kirchenpolitische Zäsur.

Jetzt trat ein Mann an die „Spitze“ der katholischen Kirche, dessen Amtszeit bis zu seinem Tod 1979 als „Ära“ bezeichnet wird, Alfred Bengsch.<sup>8</sup> Fest steht, dass Bengsch - aufgrund seiner an Irenäus von Lyon (ca. 140 - 200 n. Chr.) geschulten theologischen Grundeinsichten, dass die in der Kirche zu findende Tradition der Weg zur Wahrheit über Gott und Mensch sei, einer Wahrheit, die den Menschen frei macht von imma-

---

<sup>8</sup> Vgl. J. Pilvousek, „Innenansichten“. Von der „Flüchtlingskirche“ zur „katholischen Kirche in der DDR“, in: Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Band VI/2: Kirchen in der SED-Diktatur, Frankfurt/M 1995, 1157 - 1160.



nenten Zielen und für eine neue Sicht der Welt - wichtige theologische Grundentscheidungen für die katholische Kirche in der DDR herbeiführte und schließlich, kollegial verantwortet, traf. Inwieweit seine theologische Grundkonzeption im kirchenpolitischen Bereich zum Tragen kam, kann nicht mit gleicher Stringenz verdeutlicht werden. Alfred Bengsch ist es gelungen, die überaus schwierigen Verhältnisse für die katholische Kirche in der DDR nach dem Mauerbau 1961 zu ordnen. Zunächst galt es, Einheit und Zusammenhalt der Kirche zu sichern, was sowohl sein geteiltes Bistum Berlin betraf als auch die gesamte Kirche in der DDR. Angesichts staatlicher Ansprüche, aber auch innerkirchlicher Entwicklungen musste die Einheit bewahrt werden.

In dem Maße, in dem Berlin zur Hauptstadt der DDR ausgebaut wurde, womit ein Zentralisierungsprozess auf allen Ebenen einherging, schien auch eine Zentralisierung kirchlicher Verantwortlichkeiten angezeigt, um notwendige Verhandlungen und Gespräche mit den verschiedenen Regierungsstellen effizient führen zu können. Prägend für die katholische Kirche in der DDR wurde Bengsch vor allem als Vorsitzender der BOK/BBK.<sup>9</sup> Erst ihm gelang es, die Bischöfe und Ordinarien zu einer Konferenz zu formen, die nach außen mit einer Stimme sprach. Dieses Ziel erreichte er zum einen durch seine theologische Bildung, deren Explikationen er immer dann Gehorsam fordernd einsetzte, wenn es galt, theologische Entscheidungen zu treffen, und zum anderen durch seine kompromisslose Haltung gegenüber dem Staat.

Auf der einen Seite erläuterte er Christsein als In-der-Welt-Sein<sup>10</sup> und definierte karitatives Handeln als „die Möglichkeit eines Hineinwirkens in die Gesellschaft, wie sie auf keinem anderen Gebiet in vergleichbarer Weise möglich ist.“ Auf der anderen Seite hatte er beim Zweiten Vatikanischen Konzil gegen die Pastoralkonstitution *Gaudium et spes*, die ein Hin-

---

<sup>9</sup> Berliner Ordinarienkonferenz, seit 1976 Berliner Bischofskonferenz.

<sup>10</sup> Vgl. G. Lange, Alfred Kardinal Bengsch (1921 - 1978), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern* 7, hg. v. J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher, Mainz 1994, 170 f.

einwirken der Kirche in die Gesellschaft postulierte, gestimmt, was noch näher erläutert werden wird.

Dieser Dialektik entsprach auch ein Bild, mit der er Christsein in der DDR umschrieb: Der Christ sitzt in der Löwengrube. Er wird den Löwen aber weder streicheln noch am Schwanz ziehen.

2. Die Suche nach dem Ort der Kirche: „Vom Land, auf das mein Los gefallen ist“ über den „Stern von Bethlehem“ zur „Heimat“

Das Ringen um den Standort der Kirche in der „sozialistischen Gesellschaft“ war, anders als die Suche nach der Funktion des Christen, auch eine Frage, inwieweit man sich, obwohl partiell ausgegrenzt, mit diesem Land, ja möglicherweise mit dieser Gesellschaft identifizieren konnte. Auch wenn beides, Funktion und Ort eng miteinander verknüpft waren, gab es erst relativ spät offizielle Äußerungen zu dieser Thematik.

Erstmals bei Hugo Aufderbeck, von 1963 bis 1981 Bischof in Erfurt, scheint mir diese Ortsbestimmung anfanghaft gegeben.<sup>11</sup> Er hat direkt und indirekt die Pastoral in der katholischen Kirche der DDR nachhaltig geprägt. Man lebt in einem marxistisch-atheistischen Staat, aber als Volk Gottes unterwegs kann man auch steiles und steinigtes Terrain bewältigen. Nicht die Bekämpfung des Kommunismus ist Aufgabe des Christen, sondern der Aufbau des Leibes Christi.

Gegenüber dem SED-Staat verhielt sich Aufderbeck distanziert. Seine anonym verfasste Schrift „Die Stunde der Kirche“ belegt, wie er sich mit dem Marxismus auch theoretisch auseinandergesetzt hatte und wie realistisch negativ er die Kirchenpolitik des Staates sah. Letztendlich war ihm dies auch nur zweitrangig. Auf der anderen Seite suchte er aber Ansätze von Gemeinsamkeiten: „In der Sehnsucht des Kommunismus nach Schaffung einer neuen Welt und einer neuen Gesellschaft

---

<sup>11</sup> Vgl. J. Pilvousek, „Innenansichten“. Von der „Flüchtlingskirche“ zur „katholischen Kirche in der DDR“, a. a. O., 1160 - 1162.

ohne trennende Klassen, Rassen und Religionen und der großen Völkergemeinschaft könne leicht die Sehnsucht nach der 'communio sanctorum' erkannt werden." Wichtig war ihm die Ermöglichung der Seelsorge, von Kirche in der Welt, und da sah er unausgeschöpfte Möglichkeiten, die trotz atheistischer Propaganda und Behinderungen hätten genutzt werden können. Und so fordert er: „Die politische Abstinenz darf nicht soweit gehen, daß sie die Sendung des Laien auch in der atheistischen Umwelt aufhebt. Ein Bekenntnis zum Sozialismus bedeutet es nicht, wenn der katholische Christ, wo immer er steht, seine Pflicht erfüllt. Gerade durch seine Leistung kann er sich oft eine Position der Unangreifbarkeit erringen."

Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen charakterisierte ihn so: „Bischof Aufderbeck, Erfurt, ist der Spiritus rector auf dem Gebiet der weltanschaulichen Auseinandersetzung, was sich in Ausarbeitung von Pamphleten ausdrückt, und in seinem Auftreten auf Wallfahrten und Prozessionen sichtbar wird. Andererseits zeigt er aber Aufgeschlossenheit gegenüber seinen Priestern zu Gesprächen mit den Organen des Staates."<sup>12</sup>

Seinen Dienst, sein Leben in der DDR konnte er, der gebürtige Sauerländer so darstellen: „Auf dieses herrliche Land ist mein Los gefallen."

Die 80er Jahre brachten einen Generationswechsel bei den Bischöfen: Meisner in Berlin, Wanke in Erfurt und schließlich Reinelt in Dresden. Zwar stammten diese Kirchenmänner noch gebürtig aus Schlesien. Aber sie waren in der DDR aufgewachsen, hatten hier die Schule besucht, waren einheimisch im besten Sinn des Wortes. Die DDR war das Land, das sie kannten, die DDR-Gesellschaft der Ort, in dem sie lebten und sich auskannten.

1984 hatte Kardinal Meisner in Rom bei einem Gottesdienst mit einer Pilgergruppe aus der DDR in einer Predigt die Herkunft der Teilnehmer aus Sachsen, Mecklenburg, Brandenburg, der Lau-

---

<sup>12</sup> Bundesarchiv-Abteilung Potsdam, O - 4, 465.

sitz, Thüringen, Sachsen-Anhalt als deren Zuhause bezeichnet. Deshalb, so Meisner weiter, sind „wir nicht als Emigranten hier ..., sondern als Pilger, die ihre Kirche lieben und ihre Heimat.“<sup>13</sup>

Beim Katholikentreffen 1987 in Dresden formulierte er: „Auf dieses Land ist Gottes Wort gefallen, es will darin Wurzeln schlagen. Die Weisen aus dem Morgenland folgten damals dem Stern von Bethlehem und brachten dem Kind ihre Gaben dar. Die Christen in unserem Land möchten ihre Begabungen und Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen, ohne dabei einem anderen Stern folgen zu sollen als dem von Bethlehem. Wie viele brachliegende Kräfte und stille Reserven würden dann aktiviert werden, wenn für den beruflichen Einsatz des einzelnen Bürgers vorrangig Sachkompetenz ausschlaggebend wäre! Wir Christen wollen keine Privilegien, sondern nur die Möglichkeit für unseren christlichen Weltdienst.“<sup>14</sup>

Deutlicher noch sagte es der Nachfolger von Aufderbeck: Bischof Wanke hatte 1981 bei Vorträgen auf den Priesterkonferenzen es so formuliert: „Dieses Land ist nicht mein Los, sondern es ist meine Heimat.“ Und weiter: „Wir wollen auch hierher gehören, nicht weil wir nicht anders können, sondern weil wir um dieses Landes willen, um seiner Menschen willen einen Weg suchen wollen, um das Evangelium Jesu Christi auf „mitteldeutsch“ zu buchstabieren.“<sup>15</sup>

Die Situation der Kirche definierte er als „Kirche in einer säkularisierten, materialistischen Umwelt. Säkularisiert heißt: das gesellschaftliche und private Leben ist weitgehend religionsfrei. Materialistisch heißt: Es wird eine theoretische, materialistische und atheistische Weltanschauung aktiv propagiert und weithin auch praktisch gelebt.“

---

<sup>13</sup> St. Hedwigsblatt 15 (8.4. 1984).

<sup>14</sup> Vgl. Katholische Kirche - Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945 - 1990, hg. v. G. Lange, U. Pruß, F. Schrader, S. Seifert, Leipzig <sup>2</sup>1993, 333.

<sup>15</sup> J. Wanke, Der Weg der Kirche in unserem Raum, in: Last und Chance des Christseins, Leipzig 1991, 13.

Wanke wollte sich damit auch bewusst von der Formel „Kirche im Sozialismus“ absetzen, die mit untheologischer Begrifflichkeit eine Standortbestimmung der evangelischen Kirchen in der konkreten Gesellschaft vornahm.

Drei Interpretationsmöglichkeiten gab es dafür:

1. „Kirche in der DDR“
2. „Kirche für einen verbesserlichen Sozialismus“
3. „Kirche für den real existierenden Sozialismus“

Die erste Interpretation war innerkirchlicher Konsens der evangelischen Kirche, die dritte ist von der evangelischen Kirche nie vertreten worden, mit der zweiten haben viele sympathisiert.<sup>16</sup>

Dennoch sollte festgehalten werden, dass auch die katholische Kirche sich vor allem seit den 80er Jahren als „katholische Kirche in der DDR“ verstand. Das meint, dass man davon ausging, Kirche in diesem Land zu sein und dieses Land als Zuhause oder Heimat bezeichnete. Man vermied zwar den Begriff „Kirche der DDR“, um die Distanz zum politischen System zu dokumentieren, inhaltlich aber konnte das nur Kirche der DDR bedeuten. Dieses Verständnis war eine Standortbestimmung. Man identifizierte sich nicht mit der SED-Herrschaft, wohl aber mit dem Land, in dem man lebte.

3. Innerkirchliche Polarisationsprozesse oder „Komödie der Einheit“?

Von den Bischöfen der katholischen Kirche in der DDR wurde vor allem seit dem II. Vatikanischen Konzil gefordert, ihre strikte gesellschaftliche Zurückhaltung aufzugeben.

Verschärft hatte sich die Frage durch die Pastoralkonstitution des II. Vatikanums „Kirche in der Welt von heute“ (= *Gaudium et spes*) gestellt, wo eine neuartige Bestimmung des Weltauf-

---

<sup>16</sup> Vgl. dazu: R. Schröder, *Die DDR einst und jetzt?: Aus Politik und Zeitgeschehen* 41/42 (2. 10. 1992); E. Jüngel, *Kirche im Sozialismus - Kirche im Pluralismus: Evangelische Kommentare* 1 (1993) 6 - 13.

trages der Kirche definiert wurde. Die verengt juristische Sichtweise der Beziehung von Staat und Kirche weitete sich auf die Frage nach den Beziehungen von Kirche und Gesellschaft, Gesellschaft verstanden als Gemeinschaft der Menschen.

Kardinal Bengsch war einer der 75 Konzilsväter, die gegen „Gaudium et spes“ gestimmt hatten. In einem Brief an Papst Paul VI. hatte er 1965 seine Ablehnung dargelegt.<sup>17</sup> Unter anderem gab er folgende Begründung: Die Aufmunterungen des Textes zur Zusammenarbeit der Christen mit politischen, kulturellen bzw. säkularen Institutionen seien nicht gegen einen zukünftigen Missbrauch geschützt. Ähnliche Aussagen würden auch in der DDR von den sogenannten „progressiven Christen“ aus propagandistischen Motiven gemacht. Der Missbrauch des Dokuments in einem totalitären Regime könne weder vermieden noch korrigiert werden. Die Einheit der Bischöfe und der Priester in Ostdeutschland habe nur dadurch bewahrt werden können, dass alle Priester verpflichtet worden seien, sich von jeder politischen Aktivität strikt fernzuhalten. Im Übrigen halte er aber nicht nur einen Missbrauch des Textes in atheistischen Regimen für möglich. Ein Dialog der Kirche mit der Welt und allen Menschen guten Willens könne nur dort geführt werden, wo völlige Freiheit herrsche, weil sonst ein solcher Dialog nichts anderes sei als die dienende Akklamation für eine Ideologie oder für sich ändernde politische Ziele.

Ein Jahr später, das Konzil war beendet und die sogenannte vatikanische Ostpolitik begann zu greifen, schrieb Bengsch an Döpfner.<sup>18</sup> Es bestehe die Sorge, die Kirche in der DDR und der Bischof von Berlin könnten in Isolation geraten. Er habe vertrauliche Nachrichten über die politischen Pläne des Vatikans. Der Vatikan wolle noch in diesem Jahr mit Jugoslawien, Ungarn, Tschechei und Polen zu Abmachungen bzw. Verträ-

---

<sup>17</sup> Regionalarchiv Ordinarien Ost Erfurt (=ROO) AV20, Brief Bengsch an Paul VI., 22. 11. 1965.

<sup>18</sup> Theologische Fakultät Erfurt, Philosophisch-Theologisches Studium, Seminar für Zeitgeschichte - SB, II Politika, Brief Bengsch an Döpfner, 20.5.1966.

gen kommen. Die Entsendung vatikanischer Beauftragter in diese Länder bzw. nach Moskau scheint möglich. Aufschlussreich und beinahe prophetisch fährt Bengsch fort: „Auf Grund früherer Informationen habe ich den Eindruck, daß dies durchaus die Konzeption des Papstes selbst ist. Er ist vermutlich der Überzeugung, daß Regierungskontakte mit den genannten Ländern doch auf lange Sicht eine Erleichterung für die Kirche bringen werden. Du erinnerst Dich, daß bereits im Verlauf der 4. Konzilssession mich die kirchenpolitischen Konsequenzen der im Schema 13<sup>19</sup> fixierten theologischen Akzentsetzungen bedrängten. Mir schien bereits damals die Bejahung der Welt, der Kultur, der Technik zu ungesichert. Wahrscheinlich hast Du noch die Durchschriften meiner Interventionen in der Frage der Weltfriedensorganisationen und meines Memorandums über die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen bei Verhandlungen mit den Ostblockländern. Alle meine damaligen Bemühungen haben aber nichts genützt. Der Papst hat mir in der Audienz gesagt, daß er meine besondere Lage wohl verstehe, sie aber nicht zum Maß für gesamtkirchliche Entscheidungen und Unternehmungen machen könne. Es ist mir aber klar, daß die theologische Akzentsetzung im Schema 13 das volle Placet des Papstes hat und von dieser theologischen Konzeption aus, der Weg der Weltsendung, der Regierungskontakte, des Dialoges zielstrebig gegangen wird. Die möglichen Dauerkontakte des Vatikans mit allen Ostblockländern, ausgenommen die DDR, dürften natürlich für uns schwerwiegende Folgen haben. Da der hiesige Staatssekretär für Kirchenfragen unter allen Umständen Informationen über bereits laufende Verhandlungen besitzt, muß er die Konsequenz ziehen, daß die politische Abstinenz der mitteldeutschen Bischöfe ernstlich nicht mehr vom Vatikan gedeckt wird. Während bisher manche Forderungen nach politischem Engagement der Kirche gestoppt wurden, weil man hinter der abstinenter Haltung der Bischöfe eine wenigstens indirekte Weisung des Vatikans vermutete, kann man in Zukunft unter Berufung auf das Konzil und den Papst die Bi-

---

<sup>19</sup> Als Schema 13 wurde der noch nicht verabschiedete Text der Pastoralkonstitution bezeichnet.

schöfe unter Druck setzen." Neben den theologischen Gründen, die Bengsch für eine neue vatikanische Politik anführt, macht er zutreffend als Gründe für die Veränderung neue Akzente der Bonner Ostpolitik und den Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen verantwortlich.

Ein bedeutendes und bis heute wegen seines Endes kontrovers diskutiertes und dargestelltes Ereignis für die Kirche in der DDR in der Folge des II. Vatikanums war die am 30. Januar 1966 von Bischof Spülbeck angekündigte und dann in den Jahren 1969 bis 1970 im Bistum Meißen durchgeführte Diözesansynode, eine der ersten Synoden überhaupt nach dem Konzil. Als Grundlinien bestimmte der Bischof: „Die Orientierung der Seelsorge gemäß den Wünschen des Konzils nach pastoralen und ökumenischen Gesichtspunkten, die Ausrichtung auf eine lebendige Teilnahme am Wirken und Gebet der Kirche und die Weckung eines missionarischen und apostolischen Impulses für unsere Zeit". Der Plan zu diesem Projekt Diözesansynode wurde bereits im November 1963 in Rom nach vielen Gesprächen Spülbecks mit seinen Begleitern Hermann-Joseph Weisbender und Josef Gülden gefasst.

Im Gegensatz zu Kardinal Bengsch war Bischof Otto Spülbeck ein ausgesprochener Befürworter der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes".<sup>20</sup> Er machte sich unmittelbar im Anschluss an das II. Vatikanum daran, die Beschlüsse des Vatikanums durch die Einberufung der Diözesansynode zu realisieren. Bereits am 17. 9. 1966 richtete er zur Vorbereitung der Vorlagen für die Synodenvollversammlungen 16 Fachkommissionen ein. Vor seinem Tod im Jahre 1970 hatte Bischof Spülbeck den Vorsitz der ersten drei Vollversammlungen der Synode (13. - 15. Juni 1969; 10. - 12. Oktober 1969; 12. - 14. Juni 1970) und setzte die Dekrete I („Ziele und Aufgaben der Erneuerung des Bistums Meißen nach dem II. Vatikanischen

---

<sup>20</sup> Zum Folgenden vgl. Rolf Schumacher, Kirche und sozialistische Welt. Eine Frage zur Rezeption von Gaudium et spes durch die Pastoralynode der katholischen Kirche in der DDR (=EThSt 76) Leipzig 1998, 81 - 87.



Konzil") und II („Die Ordnungen der Räte") in Kraft. Im Herbst 1971 fand die Diözesansynode unter Vorsitz des neuen Bischofs Gerhard Schaffran in der vierten und letzten Vollversammlung ihren Abschluss. Mit Schreiben vom 28. 5. 1971 an den Meißner Bischof Schaffran teilte der Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, Kardinal Confalonieri mit, es sei Wunsch des Vatikans, die Meißner Synode in das gemeinsame Werk der Pastoralynode der katholischen Kirche in der DDR einmünden zu lassen.

Dass dieser Übergang der Meißner Diözesansynode in die Pastoralynode der gesamten katholischen Kirche in der DDR sehr konfliktreich verlief, belegen verschiedene Indizien. Aus der „chronologischen Übersicht über den Verlauf der Diözesansynode Meißen" geht hervor, das Schreiben von Kardinal Carlo Confalonieri an Bischof Schaffran sei "... eine Antwort auf die um die Meißner Synode entstandenen Unruhen". Diese „entstandenen Unruhen" lassen sich im Einzelnen nicht rekonstruieren. Aber einige Vorgänge zeigen doch, dass Kardinal Bengsch der Diözesansynode Meißen äußerst skeptisch gegenüberstand. So machte er sich die Eindrücke, die der Beobachter der Diözese Berlin, Rat Peter Riedel, bei der ersten Vollversammlung der Diözesansynode Meißen gewonnen hatte, im Wesentlichen zu eigen. Riedel hatte gegen das vorgelegte Generalschema Bedenken theologischer und kirchenpolitischer Art angezeigt. Das Kirchenbild sei ganz von der Sendung der Kirche her konzipiert und betone einseitig den Adressaten, die Sendung für die Welt. Der Ursprung der kirchlichen Sendung komme dabei zu kurz. Zudem werde die Situation in der DDR in dem Generalschema zu positiv und zu unkritisch beurteilt. In kirchenpolitischer Hinsicht sah er verschiedene Positionen der Berliner Ordinarienkonferenz bedroht und kam zu dem Schluss, es sei unrealistisch, wenn man davon ausgehe, die an sich richtigen demokratischen Formen in dem totalitären Weltanschauungsstaat DDR etablieren zu wollen. Bischof Spülbeck sah sich gedrängt, in einem eigenen Schreiben an Kardinal Bengsch auf die von Rat Riedel genannten Vorwürfe zu reagieren. In dem Schreiben zeigte Spülbeck sich darüber überrascht, dass Riedel so wenig über die Art der Entstehung

der Schemata in Meißen orientiert sei. Er ging dann auf einzelne Vorwürfe ein und kam zu dem Schluss, dass die Beurteilung von Riedel einseitig sei. Vieles hielt er für übertrieben, und seiner Meinung nach war es sicher nicht gerechtfertigt, der Synode den Mangel an kirchenpolitischem Feinempfinden vorzuhalten. So sei seine Haltung in diesem Punkt sicherlich eindeutig, und wenn es auch die ein oder andere Ausnahme gäbe, eine Zweidrittelmehrheit für einen Beschluss etwa gegen den „Döpfnererlaß“<sup>21</sup> sei unmöglich. Überdies stelle das revidierte Schema deutlicher als das alte heraus, dass die Synode den Bischof als Gesetzgeber anerkenne und damit auch seine Möglichkeiten im Falle von Fehlbeschlüssen vorsehe. Andererseits habe das Konzil sehr deutliche Linien für die Mitarbeit der Laien aufgewiesen. Hier würden sich eine Menge von Fragen über Verantwortung und ihre Träger verbergen. An diesem Punkt müsse das Konzil durchgeführt werden, und zwar in die konkrete Situation hinein. Das sei aber Aufgabe der Synode.

Ein weiterer Vorgang aus dem Jahr 1970 lässt erkennen, warum Bengsch die Beschlüsse von Meißen ablehnte: Ausgelöst durch einen Artikel über die nachkonziliaren Synoden von Hildesheim und Meißen in Heft 1 der Herder-Korrespondenz 1970 hatte die vatikanische Kongregation für die Bischöfe den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Konrad Bafale, beauftragt, bei Bischof Spülbeck eine Erklärung zu der Aussage in der Herder-Korrespondenz einzuholen, in Meißen sei die beratende Funktion der Räte zu einer „partnerschaftlichen Mitverantwortung“ erweitert worden. Die erste Antwort von Bischof Spülbeck sei nicht hinreichend gewesen. Also

---

<sup>21</sup> Der „Döpfnererlaß“ geht zweifellos auf Kardinal Preysing (Preysingerlaß 1947) zurück, der bereits kurz nach dem Krieg, noch bevor die DDR gegründet war, die Verhandlungen mit dem Staat genau geregelt wissen wollte. (Verbot der Betätigung katholischer Geistlicher in politischen und parteileitenden Positionen) Da aber Preysing fast ausschließlich das Bistum Berlin im Blick hatte und nicht die SBZ/DDR, galt sein Erlass zunächst nur für das Bistum Berlin. Erst Döpfner hat den Erlass auf die gesamte Kirche in der DDR ausgedehnt und so, wohl erfolgreich, zu verhindern versucht, dass außer den zuständigen Kirchenmännern, jemand offiziell im Auftrag der Kirche sprechen und verhandeln durfte.

habe er, Bafle, mit Schreiben vom 8. 6.1970 um weitere Informationen gebeten. Dieser Brief habe aber den plötzlich verstorbenen Bischof Spülbeck nicht erreicht, so dass nun Bischof Bengsch um eine Auskunft gebeten werde.

Die Antwort Bengschs vom 22.12.1970 macht deutlich, dass für ihn das eigentliche Problem der Meißner Beschlüsse in der Verkürzung der „Sendung des Amtes“ sowie der „übernatürlichen und sakramentalen Seite der Kirche“ bestand. Die Sendung des einen Volkes Gottes werde illegitim in Beziehung gesetzt zu den Begriffen Partnerschaft und Mitverantwortung (Synodal-Dekret 1, Nr. 17); in Nr. 19 heiße es, die Brüderlichkeit als tragender Grund aller christlichen Ordnung bestimme auch Autorität und Gesetz. Die Kollegialität der Bischöfe werde als Modellfall für alle Formen der Verantwortung und partnerschaftlichen Zusammenarbeit gesehen (Nr. 21); daraus folge, Mitverantwortung bedeute auch Mitentscheidung (Nr. 22).

Durch derartige Beschlüsse, die sich um eine folgerichtige Umsetzung der konziliaren Kirchenkonstitution „Lumen Gentium“ auf die Diözesanebene bemühten, sah Bengsch seine kirchenpolitische Linie grundsätzlich in Frage gestellt. Nach seiner Überzeugung bot eine solche Ausweitung von Mitverantwortung und Mitentscheidung innerhalb der Kirche der staatlichen „Differenzierungspolitik“ leichtfertig Angriffsflächen und war deswegen strikt abzulehnen. In diesem Sinne sind auch die im Protokoll der BOK-Sitzung anlässlich der Beisetzung von Bischof Spülbeck am 29.6.1970 wiedergegebenen Äußerungen von Bengsch zu verstehen, die Meißner Beschlüsse präjudizierten allgemein rechtliche und kirchenrechtliche Fragen, die die Arbeit in der DDR auf das Schwerste belasten würden.

Wie heftig um die „Rechtgläubigkeit“ des Synodal-Dekretes I gestritten wurde, belegt auch die Tatsache, dass sowohl Spülbecks späterer Nachfolger als Bischof von Meissen, Gerhard Schaffran, als auch der Leipziger Oratorianer Wolfgang Trilling westdeutsche Theologen um entsprechende Gutachten baten. Bis auf ein Gutachten sprachen sich alle für das verabschie-

dete Schema aus. Das Dekret I, das verabschiedet, aber nie rezipiert wurde, hatte hinsichtlich der Thematik Kirche in der Gesellschaft folgenden Wortlaut:

„Die Sendung der Kirche ist an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden. Auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, wie bei uns in der DDR, soll die Kirche die Verkündigung ihrer Botschaft und ihren Dienst so ausrichten, daß sie glaubwürdig werden. Ist das konkrete Verhältnis von Staat und Kirche auch oft belastet, so wird das eigentliche Zeugnis des Gottesvolkes dadurch nicht unmöglich gemacht.

Wir achten jeden anders denkenden Menschen, respektieren jede ehrliche Überzeugung und jede Gewissensentscheidung. Das Gleiche erwarten wir auch für unsere christliche Lebensauffassung, Überzeugung und Gewissensentscheidung. Wir sind bereit, im Geist der Liebe Christi mit allen Menschen guten Willens zum Wohle aller zusammenzuarbeiten.“<sup>22</sup>

Die Pastoral synode der katholischen Kirche in der DDR, die von 1972 bis 1975 in Dresden tagte, hatte in dem Grundsatzdokument „Glaube heute“ dann lediglich definiert:

„Wir leben in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die atheistisch geprägt ist. Der weltanschauliche Materialismus bestimmt das öffentliche gesellschaftliche Leben. Das Wesen des Christentums, Formen christlichen Lebens und kirchengeschichtliche Ereignisse werden nicht richtig oder einseitig dargestellt. Viele Glieder unserer Gemeinden, besonders junge Menschen, stehen oft in Entscheidungssituationen, die sie bedrängen und belasten. Die einen wachsen daran im Glauben, andere jedoch fügen sich dem Mehrheitsdruck und geben die Bindung an die Kirche auf. Viele aber fragen sich in ihrem

---

<sup>22</sup> Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945 - 1976. Quellentexte aus den Ordinariaten, hg. u. bearb. von J. Pilvousek, Leipzig 1994, 189.

Gewissen, wie sie als Christen in bestimmten Berufen und Bereichen leben und wirken können."<sup>23</sup>

Als „Auftrag und Sendung der Kirche für die Menschen unserer Zeit“<sup>24</sup> wurden angesichts dieser Situation folgende Aufgaben gestellt:

- Hilfen für die Unterscheidung der Geister
- Betonung der Würde des Menschen
- in menschlichen Nöten Gottes Trost und Beistand vermitteln
- sich aller annehmen, die blind für die Wahrheit Gottes geworden sind
- heutigen Menschen Hoffnung auf Zukunft geben

Alles in allem lässt sich konstatieren, dass es durch zeitweise innerkirchliche Polarisierungstendenzen nicht zur „Aufweichung“ der Einheit und Geschlossenheit der katholischen Kirche kam, auch wenn bestimmte Teile des Konzils nicht oder nur teilweise rezipiert wurden.

Der bereits angesprochene Generationswechsel unter den Bischöfen brachte zunächst für den Staat positive Abweichungen von den unter Kardinal Bengsch üblichen Praktiken.<sup>25</sup> Der neue Vorsitzende der BBK, Bischof Schaffran hatte 1981 einen Antrittsbesuch bei Honecker gemacht und 1982 einen lange vorbereiteten Hirtenbrief zum Weltfriedenstag durch sein Veto, nach staatlicher Intervention, in der BBK zu verhindern versucht. Erstmals schien hier die Einheit und Geschlossenheit kurzzeitig zerbrochen und die Differenzierungspolitik zum Erfolg gekommen. Nachdem Schaffrans Vorsitz der BBK vorzeitig beendet wurde, sollte sich für die staatlichen Stellen die Situation ins Gegenteil verkehren; man schwärmte fast von

---

<sup>23</sup> Konzil und Diaspora. Die Pastoral synode der Katholischen Kirche in der DDR, Leipzig 1976, 12.

<sup>24</sup> Ordinariatsarchiv Erfurt, Jahresberichte 1964 - 1989, Ad limina 1977.

<sup>25</sup> Zum Folgenden vgl. B. Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln-Wien-Weimar<sup>2</sup>1998, 394 - 404.

den geradezu normalen Staat-Kirche-Beziehungen unter Kardinal Bengsch. Weder der neue Vorsitzende, Kardinal Meisner, noch Bischof Wanke, noch die anderen Bischöfe, hielten sich immer weniger, zum Ärger auch der in Berlin mit staatlichen Stellen verhandelnden Personen, an die sogenannten „Geschäftsgrundlagen“. Der Staat konstatierte irritiert und verärgert, dass öffentliche Großveranstaltungen ohne staatliche Konsultationen angekündigt wurden, internationale Bindungen durch Einladung von Theologen und Bischöfen aus Ost und West zu Veranstaltungen in der DDR sich verstärkten sowie Hirtenbriefe und Pastoralen, die die Stellung der Katholiken in der Gesellschaft konstruktiv und kritisch thematisierten. Ausreisewelle und Perestrojka schufen zudem innenpolitisch Schwierigkeiten. Die katholische Kirche trat immer öfter in die gesellschaftliche Öffentlichkeit, so durch das Katholikentreffen 1987 und die Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung.<sup>26</sup> Hatte der Staat noch Anfang der 80er Jahre wenigstens hoffen dürfen, das geforderte gesellschaftliche „Engagement“ der Katholiken und ihrer Bischöfe zur Differenzierung nutzen zu können, so mussten die dem MfS bekannt gewordenen und an das Politbüro weitergeleiteten Informationen eher ernüchternd wirken. Auf der Sitzung der Berliner Bischofskonferenz am 3./4. März 1986 „sei betont worden, die BBK werde auch künftig nicht zulassen, daß einzelne Bischöfe ohne Einbeziehung zentraler kirchlicher Stellen tätig werden und von den staatlichen Behörden als 'Spielball gegen ihre eigenen Interessen ausgenutzt werden' können“<sup>27</sup>. Eine parteiinterne Analyse aus dem Jahre 1986 macht deutlich, wie die Bischöfe in den 80er Jahren dem Staat und der Gesellschaft gegenüber verfahren: „Während einerseits dazu aufgerufen wird, sich für eine gerechte, menschenwürdige, friedliche Welt sowie für das allgemeine Wohl der Gesellschaft einzusetzen, Verantwortung gegenüber dem gesellschaftlichen Eigentum zu zeigen, eine hohe Arbeitsmoral zu entwickeln

---

<sup>26</sup> Zum Folgenden vgl. J. Pilvousek, Die katholische Kirche in der DDR, in: Kirche und Katholizismus seit 1945, hg. E. Gatz, Bd. 1: Mittel-, West- und Nordeuropa, Paderborn-München-Wien-Zürich 1998, 148 - 150.

<sup>27</sup> BStU, ZA, HA XX/4, Information über interne Meinungsäußerungen zum Verlauf der katholischen „Berliner Bischofskonferenz“ (BBK) am 3./4. März 1986.

und sich in der Nachbarschaftshilfe sowie im Einsatz für Kranke und Behinderte zu bewähren, wird andererseits in scharfer Weise das Trennende zwischen dem sozialistischen Staat und der katholischen Kirche hervorgehoben und der weltanschauliche Gegensatz in den Vordergrund gerückt. Christsein in der sozialistischen Gesellschaft wird vorrangig als alternative Existenz deklariert, die künftig mit einem bewußten Verzicht auf persönliche Entwicklung verbunden sein müsse. Insgesamt bleibt die katholische Kirche - auch wenn einige konstruktive Aussagen nicht übersehen werden - hinter den von Staat und Gesellschaft geschaffenen Möglichkeiten zurück und wird mit der Mehrheit ihrer Gläubigen immer mehr in Widerspruch geraten.<sup>28</sup> Gerade Letzteres aber verkehrte sich ins Gegenteil und sollte vor allem bei der „Wende“ von 1989 eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Katholische Kirche in der DDR. Kirche für die Gesellschaft? hatte ich eingangs gefragt. Ich meine, dass es zumindest in den 80er Jahren vielfach auch in der katholischen Kirche in der DDR, trotz aller Vorbehalte, partiell zu einer Identifikation mit der Gesellschaft kam, in der man lebte und arbeitete und so natürlich auch Kirche für die Gesellschaft sein wollte.

Es war eine schwierige Gratwanderung für die Kirche. Auf der einen Seite gab es eine völlige Distanz zum sozialistischen Staat, auf der anderen Seite ein gewolltes und notwendiges Engagement für ein Gemeinwesen, in dem man lebte und seiner christlichen Weltverantwortung gerecht werden wollte, ohne dass dies vom Staat akzeptiert worden wäre.

Nach der „Wende“ setzte heftige Kritik an der Haltung der katholischen Kirche, die bislang eher zaghafte aus den eigenen Reihen zu hören war, ein. Man warf ihr vor, sie habe überwintert und Winterschlaf gehalten. Beiden Bildern ist gemeinsam, dass sie davon ausgehen, dass der, der Winterschlaf hält oder überwintert, passiv mit der Besserung der Situation rechnet. Zumindest in diesem Punkt sind die Bilder nicht mehr stimmig.

---

<sup>28</sup> Landesparteiarchiv Sachsen der PDS: Bestände der Bezirksleitung Dresden der SED, Akte IV E 2/14/667.

Denn weder Klerus noch Laien erwarteten einen baldigen „Frühling“ für die Kirche in der DDR. Viel eher scheint ein anderer Vorwurf treffend zu sein, der von verschiedensten Seiten erhoben wurde und wird, man habe sich in ein Ghetto zurückgezogen. Dabei bleibt offen, ob man ein gesellschaftliches oder soziales Ghetto meint oder nur einen Rückzug in „Nischen“. Tatsächlich lassen sich bestimmte Erscheinungsweisen der katholischen Kirche in der ehemaligen DDR mit diesem Phänomen plakatieren. Man zog sich zurück, schloss sich ab, ließ Fremdes ungern herein und wenn möglich, niemand heraus.

Die Zukunft wird zeigen, wie man unter geänderten gesellschaftlichen Bedingungen den geschenkten Freiraum für die Gesellschaft nutzen kann.



